



Rote Krähe

[GLÜCK]AUF

IN DEN LANDTAG

FÜR GUTE ARBEIT!



UNSERE KANDIDATEN

Teyfik und Stephan wollen in den Landtag. Was sie dort für uns erstreiten wollen, verraten sie uns auf ...

Seite 2

BERUFSVERBOT

50 Jahre jährt es sich nun, dass vielen Linken unter Willy Brandt die Einstellung im öffentlichen Dienst verwehrt wurde. Eine Krefelder Genossin hat es am eigenen Leben erlebt.

Seite 4

MONSTERPROJEKT

Wir lassen nicht locker: Der geplante Surfpark in Elfrath bleibt ein elitäres Projekt und eine klimatische Katastrophe!

Seite 6

WIDER DIE RUSSOPHOBIE

Warum wir für die weitere Städtepartnerschaft mit Uljanowsk sind. Unsere Rede dazu auf

Seite 8

Es gibt viele Gründe, warum es dringend DIE LINKE im Landtag NRW braucht. Wir fordern sichere und gut bezahlte Arbeit! Raus aus dem Prekariat, klare Regeln auch für die Jobs der Plattform-Ökonomie, auch Lieferando-Jobber Und DHL-Paketboten brauchen faire Arbeitsbedingungen. Der Ausstieg aus der Kohle und der Umbau auf erneuerbare Energien fordert ein soziales Begleitprogramm, dass sichere Arbeit und Perspektiven für die Beschäftigten bietet. Wir fordern ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen und Angebote für Altersteilzeit oder Vorruhestand mit Verdienstauegleich. Jeder fünfte Hartz-IV-Empfänger in NRW ist erwerbstätig, die staatliche Subvention von Dumpinglöhnen muss ein Ende haben und die Tarifbindung gestärkt werden. Wir müssen das Lohndumping durch Leiharbeit beenden: gleicher Lohn für gleiche Ar-

beit plus zehn Prozent Flexibilitätszuschlag für Leiharbeiter. Die systemrelevanten Berufe sind am schlechtesten bezahlt und sie werden oft von Frauen gemacht. Deswegen sagen wir: Applaus reicht nicht, die Löhne in der Pflege müssen erhöht werden! Dazu ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder und zu pflegende Angehörige. Für die vielen Langzeiterwerbslosen in NRW brauchen wir ein umfangreiches öffentliches Beschäftigungsprogramm mit tariflich vergüteten Jobs und Weiterbildungsangeboten. Ob in Schulen, Kitas, Krankenhäusern oder der Verwaltung – es gibt genug zu tun! Wir wollen langfristig die 30 Stunden-Woche einführen und das bei vollem Lohnausgleich! Es kann nicht sein, dass sich die Menschen auf der einen Seite tot arbeiten und auf der anderen Seite keine Arbeit finden.

[KV] Julia Suermond
im Vorstand der Linken Krefeld

UNSER DIREKTKANDIDAT FÜR DEN WAHLKREIS KREFELD I

Teyfik Bayram, 53 Jahre alt, Berufskraftfahrer, lebt mit seiner Familie in Krefeld-Hüls. Er ist aktives Mitglied nicht nur bei der Partei DIE LINKE sondern auch bei der DIDF Krefeld (Föderation der Demokratischen Arbeitervereine)

TEYFIK, ALS BERUFSKRAFTFAHRER HAST DU DEINE GANZ BESONDERE SICHT AUF DIE PROBLEME IN NRW. WAS MUSS SICH ÄNDERN?

Als Berufskraftfahrer ist meine größte Sorge, dass meine Kollegen an den Wochenenden unter unwürdigen Bedingungen an den Raststätten übernachten müssen. Die Standheizungen werden dabei laufen gelassen und belasten zusätzlich die Umwelt. Hier muss eine andere Lösung für die Logistik und die Situation des Kraftfahr-Personals gefunden werden. Ein anderer Punkt ist: Wir müssen, wo es geht, Staus vermeiden! Sie sind sehr umweltschädlich, da sie jede Menge Abgase erzeugen. Wir haben von allen Bundesländern am meisten Staus in NRW von täglich 100 bis 300 Kilometer. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass die Wirtschaft die Ware lieber in den LKWs auf den Parkplätzen und Autobahnen lagert, die dann just-in-time liefern sollen. Hier gilt natürlich: Der Güterverkehr muss von der Autobahn runter und ab auf die Schiene. Das sage ich, obwohl ich Kraftfahrer bin. Dann ist es so, dass viele Straßen marode sind, erneuert werden müssen und die vielen Baustellen den Stau erzeugen. Hier gilt es, schneller Abhilfe zu schaffen und die Baustellen endlich abzuschließen. Drittens müssen die Verkehrsknotenpunkte besser ausgebaut werden,

mit gleichmäßigen Geschwindigkeitsvorgaben, damit der Verkehr besser fließt. Auch werden viele Polizeikontrollen an sensiblen Autobahn-Stellen durchgeführt, wo sie dann blockieren. Ich bin zwar für Kontrollen, aber eben Ort und Zeitpunkt so gewählt, dass keine Staus entstehen.

WAS WÜRDEST DU NOCH FÜR DAS KLIMA UND DIE UMWELT TUN?

Wir müssen die öffentlichen Gebäude alle mit Solaranlagen versehen und die Häuser sanieren, damit sie energieneutral, mindestens aber sparsamer im Energieverbrauch werden. Dann geht es natürlich darum, wo es nur geht, vom Auto auf Fahrrad und Bus und Bahn umzusteigen. Dafür müssen wir den öffentlichen Nahverkehr langfristig kostenlos machen. Dann weiß ich als Kraftfahrer, dass wir jedes Jahr etwa eine Milliarde Altreifen in der Sahara entsorgen. Das muss wirklich aufhören, es geht nicht, dass wir einfach unseren Müll irgendwohin in die Welt exportieren. Und für uns Linke gehört natürlich der Kohleausstieg zur zwingend anstehenden Energiewende!

WIE MÖCHTEST DU DIE CHANGEGLEICHHEIT IN NRW ERHÖHEN?

In der Pandemie hat auch meine Tochter Homeschooling gemacht. Ich war Gott sei Dank wirtschaftlich in der Lage, für sie einen Laptop zu kaufen. Das können sich ganz viele Menschen nicht leisten. Die Bildungschancen von Kindern dürfen nicht von ihrem Elternhaus abhängen! Deswegen braucht es eine kostenlose Ausrüs-



tung für jedes Kind, also Laptop oder Tablet, vielleicht auch einen Drucker und vor allem uneingeschränkter Internetzugang, damit kein Kind zurück bleibt. Außerdem wollen wir das Notensystem abschaffen, damit die Kinder nicht unter unnötigen Druck gesetzt werden. Die Kinder sollen für ihre Zukunft lernen und nicht für Noten!

WAS MÖCHTEST DU FÜR DEINEN WAHLKREIS TUN?

Für Krefeld fände ich es wichtig, die Fahrradwege auszubauen, um unserem Ziel einer autofreien Innenstadt näher zu kommen. Dann der viele Leerstand hier. Es geht nicht, dass Häuser als Spekulationsobjekte und Steuerabschreibungs-Objekte missbraucht werden. Man sollte die leerstehenden Häuser sanieren und preiswerte Wohnungen daraus machen, damit viele Menschen aus allen Schichten, zum Beispiel auch Azubis hier gut und günstig leben können. Insgesamt müssen die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden, damit auch Krefeld, gerade in den sozialen Brennpunkten, mehr in Jugendarbeit und soziale Projekte investieren kann. Und als Hülsler bin ich natürlich unbedingt dafür, dass Hüls wieder ein Schwimmbad bekommt!

UNSER DIREKTKANDIDAT FÜR DEN WAHLKREIS KREFELD II



Stephan Hagemes, 46 Jahre alt, Sozialarbeiter. Er ist seit 2007 Mitglied in der Partei DIE LINKE und seit 2014 auch im Rat der Stadt Krefeld für DIE LINKE aktiv.

STEPHAN, WIE WURDEST DU POLITISIERT?

Seit 1997 habe ich während meines Studiums jahrelang gegen die Studiengebühren demonstriert! 2010 hat unsere Partei ihre Abschaffung dann auch durchsetzen können. Das war ein wichtiger Meilenstein für unsere Politik in NRW. Außerdem habe ich damals schon privat viele Menschen zum Sozialamt begleitet. Viele wurden damals schon so schlecht behandelt wie heute die Hartz IV-Empfänger:innen. Seit den 90er Jahren ist eine andauernde Verschlechterung der Lebenslage der Menschen mit niedrigerem Einkommen zu spüren. Diese neoliberale Politik des Sozialabbaus muss gestoppt werden!

WAS WÜRDEST DU ALS ERSTES TUN, WENN DU IN DEN LANDTAG KÄMEST?

Ich bin ein großer Fan von der Idee eines komplett kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs. In Krefeld z.B. kostet das Sozialticket derzeit um die 40 Euro und das auch nur für den Stadtbereich. Das ist viel zu teuer für die meisten! Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Finanzieren könnte man das mit Landes- und Bundesmitteln, die sonst in klimaschädliche Maßnahmen wie den Neubau von Straßen investiert würden. Bis es soweit ist, sollten wir umgehend einen Verkehrsverbund für NRW schaffen, mit einem einheitlichen NRW-Ticket für das ganze Land. Und da-

mit dann der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn auch wirklich klappt, müssen Busse und Bahnen natürlich öfter fahren und das Schienennetz muss ausgebaut werden. Krefeld braucht endlich einen S-Bahnanschluss!

WO SIEHST DU DIE GRÖSSTEN PROBLEME BEI DER BILDUNGSGERECHTIGKEIT IN NRW?

Als Sozialarbeiter habe ich viel mit jungen Menschen zu tun, die sich beruflich finden müssen. In den letzten Jahren wurden berufliche Fördermaßnahmen durch das Jobcenter sehr eingeschränkt. Dadurch laufen die Menschen Gefahr, in diesem System stecken zu bleiben. Wir wollen wirkliche Förderung statt sogenannter „Trainingsmaßnahmen“ nach Schema F! Wir brauchen qualifizierte Sachbearbeiter:innen, um Menschen mit Problemen tatsächlich in ihren Beruf helfen zu können. Viele Sachbearbeiter:innen sind ja meist nur vorübergehend Beschäftigte mit einem Halbjahresvertrag. Dann hat NRW eine sehr schlechte Versorgung mit Kitaplätzen und die größten Schulklassen bundesweit. Das ist katastrophal! Gerade jetzt nach den Lockdowns brauchen wir kleinere Klassen und genügend Sozialarbeiter:innen, um auch die Schüler:innen mit größeren (psychischen) Problemen wirksam zu unterstützen!

WAS SIND FÜR DICH DIE IN NRW BRENNENDSTEN THEMEN IN DER KLIMASCHUTZPOLITIK?

NRW muss bis 2030 mindestens 80 % weniger Schadstoffe erzeugen als 1990! Die-

ses Ziel muss verbindlich im Klimaschutzgesetz NRW festgelegt werden! Dann stehen wir als Partei natürlich an der Seite der Klimaschutzbewegungen, die sich für den Erhalt der Wälder und Dörfer einsetzen und den Ausstieg aus der Braunkohle! Auch für uns ist klar: Lützerath und der Hambacher Forst müssen bleiben, Gartzweiler 1 und 2 umgehend gestoppt werden und der Umstieg auf Wind- und Solarenergie schnell voran getrieben werden! Die Kosten für den Umstieg auf die erneuerbaren Energien sollen die Stromkonzerne zahlen und nicht die kleinen Leute. RWE und Co. haben jahrelang mehr als genutzt profitiert.“

WAS SIND DEINE WICHTIGSTEN ANLIEGEN FÜR DEINEN WAHLKREIS?

Unsere Kommunen müssen viel mehr an der Gewerbesteuer beteiligt werden, damit sie überhaupt handlungsfähig sind. Das betrifft auch Krefeld! Hier braucht es Geld für mehr bezahlbaren Wohnraum, für den Kampf gegen Kinderarmut und Obdachlosigkeit und für mehr Personal in den offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen. Auch ein 365-Euro-Ticket für Bus und Bahn als Übergangslösung würde den Krefelder:innen viel bringen. Außerdem bin ich strikt gegen so klimaschädliche Projekte wie den Surfpark am Elfrather See. Von dem hat auch die Normalbevölkerung gar nichts!

Heidrun von der Stück, die viele Jahre unsere Sprecherin des Krefelder Kreisverbands war, hat die Berufsverbote am eigenen Leib miterlebt.

DER RADIKALENERLASS GEGEN „VERFASSUNGSFEINDLICHE KRÄFTE“

Am 28. Januar 1972 verabschiedeten der Bundeskanzler Willy Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder unter der Überschrift „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ den Radikalenerlass. Es begann eine lange Zeit von Berufsverboten, die bis in die heutige Zeit reichen. Das sozialdemokratisch regierte Hamburg (Erster Bürgermeister: Peter Schulz) war Vorreiter in diesem Prozess. Hier wurde bereits im November 1971 entschieden, dass vor allem linke Kräfte keinen Platz im öffentlichen Dienst haben sollten. Die Studienreferendarin Heike Gohl war die erste, die nur Stunden nach dem Beschluss des Hamburger Senats die Entlassung als „Beamtin auf Probe“ zugestellt bekam. Sie war Mitglied der SDAJ. Ca. 3,5 Millionen Menschen wurden durch sogenannte „Regelanfragen“ beim Verfassungsschutz auf ihre politische Gesinnung überprüft.

Es gab insgesamt ca. 11.000 Berufsverbotsverfahren, mehr als 2.200 Disziplinarverfahren für bereits im öffentlichen Dienst Beschäftigte, ca. 1.250 Menschen wurden aus politischen Gründen nicht eingestellt und 265 Menschen wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

Diese Berufsverboteverfahren betrafen vor allem Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Briefzusteller und -zustellerinnen, Lokführer, Beschäftigte in Justiz, Verwaltung und allen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Der Beschluss richtete sich gegen die Linke insgesamt: Mitglieder der DKP und anderer linken Organisationen, so beispiels-

weise Mitglieder der VVN, der K-Gruppen, DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsgegner:innen), Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ), auch Mitglieder des sozialdemokratischen Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) und der Jusos. Hauptsächlich betroffen waren aber Mitglieder der DKP.

Dass ausgerechnet Willy Brandt mit zu den Initiatoren der Berufsverbote gehörte, war für viele schwer zu fassen. Gehörten doch viele der 68er Studentenbewegung zu denjenigen, die Brandt wegen seiner Entspannungspolitik z.T. aktiv unterstützten. Der Kniefall von Warschau hatte ihm im linken Spektrum der Republik viele Sympathien eingebracht.

ICH GEHÖRE ZU DEN IN HAMBURG VOM BERUFSVERBOT BETROFFENEN

Das Lesen eines Spiegelinterviews vom 07. Mai 1972 mit Peter Schulz (Erster Bürgermeister) zur Vorbereitung auf diesen Artikel hat mir bestätigt, was ich schon lange vermutet hatte: In meinem Fall hat die Ehefrau des Ersten Bürgermeisters mit großer Wahrscheinlichkeit zur Verzögerung des Termins, an dem mein Berufsver-

bot offiziell wurde, beigetragen. Grund: möglichst Unruhe unter den über 330 Referendarinnen und Referendaren zu verhindern, indem das Berufsverbot so spät wie möglich ausgesprochen wurde, danach waren alle Referendare und Referendarinnen auf die unterschiedlichen Schulen zerstreut.

ICH WURDE NICHT EINGESTELLT, TROTZ ALLER PROTESTE

Aber der Reihe nach: Ich habe das Referendariat in Hamburg zu Beginn des Schuljahres 1972/73 begonnen. Das Referendariat dauerte 1½ Jahre, also bis Ende Januar 1974. Ich wurde während des Referendariats schwanger und beschloss, das Referendariat trotz der Schwangerschaft wie vorgesehen in 1½ Jahren zu absolvieren. Hauptgrund war unsere finanzielle Situation. Mein damaliger Mann studierte auf dem 2. Bildungsweg und wir hatten außer meinem relativ kleinen Gehalt als Referendarin kein Einkommen. Also schrieb ich während der Schutzfrist vor der Geburt meine 2. Examensarbeit, was nicht einfach war. Am 14. Oktober wurde mein Sohn geboren und ich bereitete mich trotz der Belastung nach der Geburt sofort parallel zu meiner Mutterrolle auf die mündliche Prü-

JAHRE BERUFSVERBOTE

fung vor. Die Prüfung war kurz vor Weihnachten. Ich schaffte es! Kind, Examensarbeit und mündliche Prüfung. Und ich schaffte es sogar, die Prüfung mit „gut“ abzuschließen. Dann kam im Januar der letzte Monat im Referendariat. Allmählich hatten alle Kolleginnen und Kollegen ihre Schulzuweisungen bekommen, nur ich nicht. Ich fragte nach. Antwort: Ich müsse noch einmal zum Personalärztlichen Dienst, es gäbe Zweifel im medizinischen Bereich. Eine ärztliche Untersuchung war für alle, die in den Schuldienst wollten, ein Muss. Bei mir habe der Personalärztliche Dienst noch kein grünes Licht gegeben. Es sei eine weitere Untersuchung erforderlich, ich sei aber Berufsschulen zugeteilt worden, mir würde noch mitgeteilt, an welche Schule ich käme. Ich war beruhigt. Ich wurde erneut zum Personalärztlichen Dienst bestellt. Leiterin dieses Dienstes war übrigens die Ehefrau vom Ersten Bürgermeister Peter Schulz. Ich musste noch eine Untersuchung im Uniklinikum Eppendorf machen lassen, mein Hausarzt war entsetzt und verstand nicht, was das sollte. Das Referendariat neigte sich dem Ende zu, nur ich bekam noch immer keine Zuweisung. Dann am 26. Januar (Samstag) kam ein Einschreiben, in dem mir mitgeteilt wurde, dass ich nicht die Gewähr böte, jederzeit für die Freiheitlich-Demokratische-Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten und deshalb nicht in den Schuldienst der Freien und Hansestadt Hamburg übernommen würde. Begründung: Ich sei führendes Mitglied in der DKP Kreis Pinneberg. Es waren noch vier Arbeitstage bis zum Ende des Referendariats. Als ich Anfang der Woche

ins Referendariat kam und meinen Kolleginnen und Kollegen und meinen Seminarleitern mitteilte, dass ich nicht übernommen würde, herrschte Fassungslosigkeit. Ohne mein Zutun wurde ein Protestschreiben formuliert und von allen, auch meinen Seminarleitern – die mich ja bewertet hatten und der Meinung waren, ich wäre eine gute Pädagogin – unterschrieben. Alle waren sichtbar geschockt. Ich wurde nicht eingestellt, trotz aller Proteste. Ich war die einzige von 330 Referendarinnen und Referendaren, die zum 1. Februar 1974 nicht in den Schuldienst der Freien und Hansestadt Hamburg übernommen wurde.

EINE ODYSSEE AN BEWERBUNGEN

Ich bemühte mich an verschiedenen Stellen: Bewerbung an einer Waldorfschule – aus politischen Gründen abgelehnt. Bewerbung an eine Gesamtschule in Elmsborn mit Unterstützung des Kollegiums und der Schulleitung – abgelehnt. Bewerbung an eine Schule in einem „Heim für schwer erziehbare Kinder“, hier hatten ein paar Kinder seit 8 Monaten keinen Unterricht, obwohl sie schulpflichtig waren. Der Heimleiter war froh, dass jemand die Stelle antreten wollte. Kultusministerium Kiel: abgelehnt. Nach 7½ Jahren endlich änderte die Hamburger Schulbehörde ihre Haltung zu den Berufsverboten. Die ganze Angelegenheit sollte vom Tisch. Internationale Proteste und Proteste in unserem Land wirkten nachhaltig. Im August 1981 nun wurde mein Berufsverbot nach einer Anhörung (es war meine erste Anhörung überhaupt) aufgehoben. Ich wurde in den

Hamburgischen Schuldienst aufgenommen. Bei meinem Kampf gegen mein Berufsverbot erfuhr ich von der DKP, vielen Freundinnen und Freunden, Kolleginnen und Kollegen sehr viel Solidarität. Besonders wurde ich vom Heinrich-Heine-Fonds und von meiner Gewerkschaft, der GEW, unterstützt. Das war eine unschätzbare große Hilfe. Willy Brandt hat die Berufsverbote später als Fehler bezeichnet.

RADIKALENERLASS 2.0

Jetzt, wo sich die Berufsverbote zum 50. Mal jähren, bekommt die Thematik wieder eine erschreckende Aktualität. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung aus dem letzten November findet sich eine Passage, die verdächtig nach einem Radikalenerlass 2.0 riecht: „Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können“ (Seite 9). Und im Kapitel über innere Sicherheit findet sich der Satz: „Die in anderen Bereichen bewährte Sicherheitsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern weiten wir aus und stärken so die Resilienz der Sicherheitsbehörden gegen demokratiefeindliche Einflüsse.“ (Seite 104)

Der tief in die rechte Szene verstrickte Inlandsgeheimdienst soll jetzt also darüber befinden dürfen, wer als 'Verfassungsfeind' gilt und wer nicht.



Gemeinsame Pressemitteilung der Ratsgruppen FREIE WÄHLER, DIE LINKE, wirstadt.org, der Bürgerinitiative BIENE, des BUND, des NABU und attac.

Fundierte Einwände gegen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 836 „Surfpark“

Gegen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 836 zur Genehmigung des Surfbeckens am Elfrather See wurden während der sechswöchigen Frist der Offenlage zahlreiche Einwände eingelegt. Keine Akzeptanz findet vor allem die geplante Vernichtung von 290 Bäumen für das Surfbecken. Die Gegner des Projektes hatten sich in den letzten Monaten miteinander vernetzt, um ihre Gegenwehr zu bündeln. Dem Austausch über die negativen Folgen des Vorhabens folgte gemeinsame Pressearbeit. Das Netzwerk aus den Ratsgruppen FREIE WÄHLER und DIE LINKE, Krefeld, dem BUND Krefeld, dem NABU Krefeld, der BIENE (BürgerInitiative Erhalt des Naherholungsgebietes Elfrather See), Fridays for future Krefeld, attac Krefeld und „wirstadt.org“ will als kritische Stimme gemeinsam die Bevölkerung wachrütteln ge-

gen das nicht nur in ökologischer Hinsicht „Wahnsinnsprojekt“. Einige dieser Gruppen haben mit ihren Einwänden gegen den B-Plan 836 ihre Bedenken fundiert dargelegt: u.a. der BUND Krefeld, attac Krefeld, wirstadt.org und die Bürgerinitiative BIENE. Diese Einwände richten sich bei Weitem nicht nur gegen die Klima- und Umweltschädlichkeit des Projektes.

Der BUND Krefeld stellt fest: „Es wird ganz offensichtlich, dass hier bereits vorgefasste Absichten weiterverfolgt werden sollen ohne Rücksicht auf Natur, Umwelt und Klima.“ Mit dem vom Krefelder Stadtrat beschlossenen „Integrierten Klimaschutzkonzept“ sei das Vorhaben unvereinbar. Die vom Projektführer „elakari“ erstellten Gutachten bewertet der BUND als mangelhaft: „Wir müssen (...) feststellen, dass zu vielen hier vorgelegten Gutachten, Stellungnahmen und Bewertungen die Datenlage unzureichend ist und daher diese Bewertungen eher Wunschvorstellungen und nicht belastbaren Genehmigungsgrundlagen entsprechen.“ Der BUND führt darüber hinaus ne-

ben dem ablehnenden Votum des Krefelder Naturschutzbundes auch rechtliche Bedenken an.

Fridays for future Krefeld haben ebenfalls rechtliche Vorbehalte und konzentrieren sich in ihren Einwänden auf den Klimaschutz. Der CO₂-Ausstoß sei mit den Klimaschutzzielen sowohl der Stadt als auch der Bundesregierung unvereinbar. FFF-Sprecherin Björna Althoff weist scharf auf den immensen Energieverbrauch von 2,6 Gigawattstunden pro Jahr hin.

Die Bürgerinitiative BIENE hatte Ende Januar detaillierte Fragen zu den Gutachten über u.A. gefährliche Altlasten, die Baugrunduntersuchung und den Artenschutz öffentlich an die Stadtverwaltung gerichtet und beklagt erhebliche Gefahren für das Grundwasser durch das Projekt. „Bei uns haben sich besorgte Bürgerinnen und Bürger aus der Duisburger Siedlung ‘Auf der Heide’ gemeldet. Sie versorgen sich mit genehmigten Brunnen selbst mit Wasser und fürchten um

ihr Trinkwasser. Denn giftige Chemikalien, die beim Ausheben des Bodens für das Surfbecken freigesetzt werden können, würden das Grundwasser ungenießbar verunreinigen,“ berichtet Mirko David von der BIENE.

attac Krefeld urteilt in seinem Einwand: „Das Projekt widerspricht allen Klimagerechtigkeitszielen, innerhalb Krefelds, innerhalb Deutschlands, erst recht weltweit.“

Sebastian Schubert, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN. Krefeld bemängelt in seinen Einwänden u.A. den ungenügenden Ausgleich für die Flächenversiegelung durch das Surfbecken, da keine Entsiegelung stattfinden wird: „Allerdings sind sämtliche Ausgleichsflächen ebenfalls bereits unversiegelte Naturräume. Eine Nutzung als Ausgleichsfläche mag der aktuellen Gesetzeslage entsprechen, widerspricht aber inhaltlich den Beschlüssen des Krefelder Stadtrates zum Integrierten Klimaschutzkonzept. Schubert betont auch soziale

Aspekte: „Generell stellt dieses Projekt eine unsoziale Nutzung öffentlichen Raumes dar. Bislang von allen nutzbares Gelände zur Naherholung und für Outdoorsport wird eingezäunt und nur gegen Gebühr nutzbar gemacht. Die dabei anfallenden Gewinne werden nicht etwa der öffentlichen Hand zugeführt, sondern dem Investor und seiner Nutzungsgesellschaft (deren Sitz in Krefeld auch nicht gesichert ist).“

Die Freien Wähler-Ratsgruppe Krefeld hatten schon Anfang Februar 2022 die gefährlichen Altlasten auf dem geplanten Gelände für das Surfbecken problematisiert. Probebohrungen sind nicht tief genug gewesen, um giftige Stoffe zu erkunden. Auf dieses Problem weist auch der BUND hin. Für den Fall, dass verseuchter Untergrund ausgehoben und entsorgt werden muss, sind die Kosten angeblich durch den noch unbekanntem Investor zu tragen, aber die Kosten können von einem noch nicht festgelegten Pachtzins abgezogen werden. Das

heißt im Endeffekt, dass die Krefelder Bürgerinnen und Bürger ggf. sogar noch aus Steuermitteln draufzahlen für die Altlastenentsorgung.

Die Krefelder Initiative ‘wirstadt.org’ stellt fest, dass hier Außenentwicklung für eine winzige Elitebetrieben werden soll, während für Erhalt und Weiterentwicklung der Innenstadt keine nennenswerten personellen noch finanzielle Ressourcen verwendet werden. Ihr Fazit: „Das Projekt Surfpark ist derart offensichtlich weder ökologisch nachhaltig noch haushaltspolitisch attraktiv und schon gar nicht gemeinwohlorientiert, dass man sich die Frage stellt, wer eigentlich davon profitiert? Die Krefelder Bürger:innen wohl kaum!“

Anmerkung der Redaktion: Die Klimaaktivistin und Ratsfrau Björna Althoff will jetzt eine Klima-Klage gegen dieses Projekt erwirken und bittet um finanzielle Unterstützung für diesen Prozess.



WIDER DIE RUSSOPHOBIE

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Oberbürgermeister,

Wir verurteilen auf Schärfste den Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine. Könnten wir den Krieg beenden, wir alle würden es sofort tun wollen. Indem wir die Städtepartnerschaft mit Uljanowsk aussetzen, tun wir dies allerdings nicht. Im Gegenteil: Es verhärtet die Fronten, erschwert eine Wiederaufnahme des Dialogs, auch nach dem Krieg und gießt noch mehr Öl ins Feuer. Uljanowsk hat es nicht in der Hand, den Krieg zu beenden oder in Russland die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ einzuführen, wie die CDU es in ihrem Begleitantrag fordert. Die Ursachen des Krieges völlig verkürzt auf einen einzelnen bösen Putin zurückzuführen, wird der Komplexität der weltpolitischen Lage NICHT gerecht. Bei der Bewertung dieses Krieges gehören die Geschichte des Konfliktes zwischen der ukrainischen Zentralregierung und der Bevölkerung in der Ostukraine zwingend dazu. Genauso die expansive Strategie der NATO in Osteuropa seit über 20 Jahren und ihre Rolle bei der Zuspitzung der Kämpfe zwischen dem Donbass und der ukrainischen Armee. Auch das gehört zur Wahrheit!

Darüber hinaus hätte man auch mit derselben Begründung die Partnerstadt mit Städten aus Nato-Mitgliedsländern aussetzen können, als die USA völkerrechtswidrige Kriege gegen Syrien, Lybien, den Irak und andere geführt haben! Wir haben dies nicht getan und das ist auch gut so! Es muss unsere Rolle sein, den Dialog zu fördern und den Kontakt zwischen den Völkern nicht abreißen zu lassen. Für die russischen Mitbürger:innen

hierzulande, die jetzt russophoben Diffammierungen ausgesetzt sind, wäre es ein wichtiges Signal, die Partnerstadt mit Uljanowsk GERADE JETZT auszubauen, um der Polarisierung etwas entgegen zu setzen. Wir müssen klar sagen: Dies ist Putins Krieg und nicht der Krieg der russischen Bevölkerung!!! In Russland gibt es eine rege Friedensbewegung und sie sind starken Repressionen ausgesetzt: Demonstrationen gegen die Invasion in der Ukraine sind verboten und enden oft in Polizeigewalt oder gar im Gefängnis. Daher ist die Unterstützung von friedenspolitischen Aktivitäten in der russischen Zivilbevölkerung gerade in diesen Zeiten essenziell! Wir müssen gerade jetzt Werte wie Friedfertigkeit, Dialog und Völkerverständigung hochhalten!

Auch das Krefelder Friedensbündnis hat sich in diesem Sinne geäußert: „Gerade der aktuellen Kriegssituation zum Trotz sollten wir als Zivilgesellschaft festhalten am Friedensgedanken der Völkerverständigung, an wissenschaftlichem und kulturellem Austausch. (...) Auch in Uljanowsk leiden Menschen, die durch den Krieg Angehörige verlieren oder Verwandte und Freunde in der Ukraine haben.“

Wie absurd die Gleichsetzung der russischen Bevölkerung mit den Zielen der russischen Regierung ist, zeigt eine jüngst veröffentlichte Stellungnahme von 9000 Intellektuellen aus Moskau, die sich in einem verzweifelten Brief an die Weltöffentlichkeit wenden und sagen: Wir wollen diesen Krieg nicht!

[KV] Julia Suermond
Ratsfrau für DIE LINKE im
Rat der Stadt Krefeld

WER HAT'S GEMACHT?

Schreibfraktion:
Heidrun von der Stück
und Julia Suermond

Layout und Grafik: herrjedia

Redaktion: Julia Suermond

Impressum:
DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1
47798 Krefeld
Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld
Tel. 02151-4461625

dielinke - krefeld.de
dielinke - fraktion - krefeld.de

DIE LINKE.